



Niederschrift **(öffentlicher Teil)**

über die 14. Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt vom
29.09.2011

Anwesend:
siehe Anwesenheitsliste

Vorsitz:
Anton Holz

Die Sitzung wurde um 16:30 mit einer Besichtigung des Stadtarchives eröffnet. Danach erfolgte ein Ortswechsel und die weitere Sitzung wurde um 17:00 im Ausschusszimmer der Burg Lüdinghausen, Amthaus 14, 59348 Lüdinghausen, fortgesetzt.

Beginn: 16:30 Uhr
Ende: 19:57 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt beschlussfähig ist. Er weist auf die Befangenheitsproblematik hin.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Besichtigung des Baufortschrittes des Stadtarchives
Vorlage: FB 3/459/2011
2. Einrichtung eines Bürgerbusverkehrs im Stadtgebiet Lüdinghausen und Ortsteil Seppenrade
Vorlage: FB 4/269/2011
3. Strategisches Wegekonzept für den Außenbereich
Vorlage: FB 3/450/2011
4. Machbarkeitsuntersuchung zur Wiederherstellung der Durchgängigkeit der Stever im Stadtgebiet von Lüdinghausen
Vorlage: FB 3/452/2011
5. Rückzugsgewässer Stever
Fraktionsantrag der SPD-Fraktion vom 15.06.11
Vorlage: FB 3/451/2011
6. Konkretisierung von Maßnahmen zum Konzept "Klimakommune Lüdinghausen"
Fraktionsantrag der CDU-Fraktion vom 29.06.2011
Vorlage: FB 3/457/2011
7. Barrierefreiheit im öffentlichen Verkehrsraum
Fraktionsantrag der SPD-Fraktion vom 28.06.2011
Vorlage: FB 3/453/2011
8. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.09.2011;
hier: Installation der Fotovoltaik-Anlage auf dem Süddach der Aula des St.
Antonius-Gymnasiums
Vorlage: FB 2/431/2011
9. Berichte
10. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

11. Realschule Lüdinghausen, Tüllinghofer Straße 29, 59348 Lüdinghausen;
Auftragsvergabe über die Erweiterung der Brandmeldeanlage und Anbindung der Sporthalle an die Ela-Anlage
Vorlage: FB 2/428/2011
12. Ludgerigrundschule, Ludgeristiege 4, 59348 Lüdinghausen;
Auftragsvergabe über die Installation einer AMOK /ELA-Anlage
Vorlage: FB 2/429/2011
13. Gymnasium Canisianum, Disselhook 6, 59348 Lüdinghausen;
Auftragsvergabe über die Brandschutzmaßnahmen im Treppenhaus 3 und Einbau einer RS-Tür
Vorlage: FB 2/430/2011
14. Bericht über vom Bürgermeister erteilte Einvernehmen im Baugenehmigungsverfahren
Vorlage: FB 3/446/2011
15. Berichte
16. Anfragen

Öffentlicher Teil:

TOP 1) Besichtigung des Baufortschrittes des Stadtarchives

Vorlage: FB 3/459/2011

Frau Klaas erläutert während der Besichtigung die durchgeführten Bauarbeiten sowie die zukünftig vorgesehenen Nutzungen der einzelnen Räume.

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Zu der von Stv. Wannigmann geäußerten Frage, wie hoch die Gesamtkosten für die Abdichtungsmaßnahmen gegen Feuchtigkeit gewesen sind, wird wie folgt Stellung genommen:

Die Kosten für die Wand- und Bodenabdichtung betragen insgesamt rd. 14.200,-- € brutto.

I. Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 2) Einrichtung eines Bürgerbusverkehrs im Stadtgebiet Lüdinghausen und Ortsteil Seppenrade

Vorlage: FB 4/269/2011

Ausschussvorsitzender Holz begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Herren Hugot, Schlierkamp und Wissmann vom Bürgerbusverein sowie Herrn Bandt von der Regionalverkehr Münsterland GmbH.

Frau Karasch führt in die Thematik ein und weist darauf hin, dass der Bürgerbusverein nochmals die vorgesehenen Linienführungen vorstellen wird, wohingegen Herr Bandt die finanziellen Aspekte der Einrichtung eines Bürgerbusverkehrs verdeutlichen werde.

Herr Hugot zeigt einführend nochmals die im Sachverhalt dargestellten Schritte bis hin zur Gründung des Vereines „Bürgerbus Lüdinghausen e.v.“ auf sowie erläutert detailliert die vorgesehenen Linienführungen.

Herr Bandt von der Regionalverkehr Münsterland GmbH stellt auf Grundlage der als Anlage 1) beigefügten Aufstellungen die anfallenden einmaligen Einrichtungskosten sowie die jährlich zu erwartenden Betriebskosten vor.

Herr Pieper weist ergänzend darauf hin, dass die ausgewiesenen jährlichen Gesamtkosten für den TaxiBus Betrieb in Höhe von 20.000,-- € auf Grundlage von Durchschnittswerten der vergangenen Jahre ermittelt wurden. Aktuell seien die tatsächlichen Zahlen für das Jahr 2010 eingegangen, welche ein Kostenvolumen von rd. 13.000,-- € umfassen.

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Fraktionsübergreifend wird das Engagement des Bürgerbusvereines sowie der ehrenamtlich tätigen Fahrer lobend hervorgehoben.

Stv. Friedenstab weist auf den hohen Stellenwert der Einbeziehung einer Haltestelle am Bahnhof hin. Da dieser Standort nicht im Rahmen der ausgearbeiteten Linienführungen berücksichtigt worden sei, sehe er die Einstellung der Taxibuslinie als problematisch an.

Stv. Guntermann schließt sich dieser Aussage inhaltlich an und hebt ebenfalls nochmals die Notwendigkeit hervor, auch den Bahnhof im Rahmen des zukünftigen Bürgerbusverkehrs mit anzufahren.

Stv. Kehl bringt zum Ausdruck, dass er zusätzlichen Informationsbedarf bezüglich der durch die Übernahmeerklärung eingegangenen finanziellen Verpflichtungen sehe.

Frau Karasch erklärt, dass die Übernahmeerklärung keine endgültige, nicht revidierbare Entscheidung darstelle. Es sei vorgesehen, dass der Bürgerbusverein jährlich über die Auslastung sowie die angefallenen Defizite berichten werde. Es sei allerdings zu berücksichtigen, dass der Zuwendungszeitraum auf 7 Jahre ausgerichtet sei und infolgedessen, im Falle einer vorzeitigen Aufgabe des Bürgerbusverkehrs, die Gefahr bestehe, dass z.B. durch den Verkauf des Busses zusätzliche Defizite durch die Rückzahlung von Fördermitteln entstehen.

Stv. Dr. Waldt stellt nochmals heraus, dass zwingend die Möglichkeit bestehen müsse, die sich aus dem Bürgerbusverkehr ergebenden Defizite regelmäßig zu überprüfen. Darüber weist er darauf hin, dass er vor dem Erfordernis der Haushaltskonsolidierung keine Möglichkeit sieht, die für den Taxibusbetrieb anfallenden Kosten zusätzlich zu tragen.

Stv. Friedenstab schließt sich dieser Aussage inhaltlich dahingehend an, dass beide Systeme (Bürgerbus neben Taxibusverkehr) aus Kostengründen nicht parallel gefahren werden können.

Stv. Wannigmann weist darauf hin, dass sich der Bürgerbusverkehr in Ascheberg zwischenzeitlich eigenständig trage.

Herr Pieper bittet zu bedenken, dass der Bürgerbusverkehr bedarfsorientiert ausgerichtet ist. Die Erfahrungen in anderen Kommunen hätten gezeigt, dass der genaue Verlauf der Linienführungen, insbesondere in der Einführungszeit, mehrfach verändert und der Bedarfslage angepasst worden ist.

Stv. Friedenstab beantragt, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ergänzen, dass die Möglichkeit, den Bahnhof in die Linienführung der Bürgerbusverkehrs mit einzubeziehen, nochmals überprüft wird.

I. Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt spricht dem Rat folgende Empfehlung aus:

Der Auftrag zur Einrichtung eines Bürgerbusverkehrs wird an die RVM laut vorliegender Linienführung vergeben. Der bestehende Vertrag mit der RVM über den TaxiBusverkehr ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu kündigen.

Zur Sicherung der Gesamtfinanzierung wird die Übernahme der, aus dem Betrieb des Bürgerbusverkehrs resultierender, Defizite garantiert.

Der „Bürgerbus Lüdinghausen e.V.“ hat auf die zu bestreitenden Gesamtausgaben alle Erträge zu verwenden, die z.B. durch Werbeeinnahmen, Fahrgeld, Spenden o.ä. erzielt werden. Zudem sind alle Aufwendungen aufgrund der angespannten finanziellen Situation der Stadt Lüdinghausen so gering wie möglich zu halten.

Die Verwaltung erhält den Auftrag, gemeinsam mit der RVM und dem Bürgerbus

Lüdinghausen e.V. zu prüfen, ob die Haltestelle „Bahnhof“ in die erstellten Linienpläne mit aufgenommen werden kann.

Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Die Tagesordnungspunkte 4) und 5) werden zeitlich vorgezogen und im Anschluss an den Top 2) „Einrichtung eines Bürgerbusverkehr“ beraten.

TOP 4) Machbarkeitsuntersuchung zur Wiederherstellung der Durchgängigkeit der Stever im Stadtgebiet von Lüdinghausen
Vorlage: FB 3/452/2011

Ausschussvorsitzender Holz begrüßt Herrn Dr. Ing. Caesperlein, der anhand des als Anlage 2) beigefügten Vortrages die Hintergründe für die Erstellung der Durchgängigkeitsplanung sowie mögliche Planungsvarianten im Detail vorstellt.

Herr Dr. Caesperlein stellt nochmals heraus, dass die Durchgängigkeit nur über die Vischering Stever wiederhergestellt werden kann. Der Abriss des Rialtowehres stelle hierbei eine erste wichtige Maßnahme dar.

Er erklärt, dass verschiedene Trassenvarianten erarbeitet worden sind, die teilweise in einem nicht unerheblichen Umfang über private Flächen des Erbdroste zu Vischering verlaufen. Aufgrund der vorliegenden Eigentumsverhältnisse sei aus seiner Sicht die in den Folien Nr. 8 und 9 dargestellte, östlich über die Bivoetkenwiese verlaufende Variante, welche (bis auf den Bereich zwischen Lindemannskolk und Klosterstraße) weitestgehend auf städtischen Flächen verlaufe, vorrangig weiter zu verfolgen.

Es sei vorgesehen, diese Trassenführung in einem gemeinsamen Termin mit dem Erbdrosten abzustimmen.

Herr Dr. Caesperlein zeigt auf, dass sich - aufgrund der im Rahmen eines Bodengutachtens festgestellten mangelnden Tragfähigkeit des Bodens - der Durchlass unter der Klosterstraße kostenintensiver darstellt, als ursprünglich geplant.

Er erläutert die für die Gesamtmaßnahme anfallenden Mehrkosten in Höhe von rd. 30.000,-- €, die zur Folge haben, dass der von der Stadt zu tragende Eigenanteil um einen Betrag von rd. 6.000,-- € auf nunmehr 53.000 € steigen wird.

Darüber hinaus berichtet er, dass die Bezirksregierung ihre Zustimmung signalisiert habe, die Durchführung der einzelnen Maßnahmen auf mehrere Haushaltsjahre zu verteilen.

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Ausschussvorsitzender Holz regt an, eine alternative Trassenführung auf südlich der Klosterstraße gelegenen Flächen zu überprüfen.

Bürgermeister Borgmann weist darauf hin, dass die vorgestellten Trassenführungen mit in die Planungen für die Regionale einbezogen werden können.

I. Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis von den erstellten Detailplanungen zur Wiederherstellung der Durchgängigkeit der Stever.

Die Verwaltung wird beauftragt, diese Planungen mit der Unteren Wasserbehörde sowie der Bezirksregierung abschließend abzustimmen und auf dieser Grundlage die Fördermittel für den Abriss des Rialto-Wehres erneut zu beantragen.

Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

TOP 5) Rückzugsgewässer Stever
Fraktionsantrag der SPD-Fraktion vom 15.06.11
Vorlage: FB 3/451/2011

Herr Dr. Caesperlein erläutert anhand des als Anlage 3) beigefügten Vortrages die Zielsetzung der Anlegung des Rückzugsgewässers sowie die Gründe, aus denen von den ursprünglichen Planungen abgewichen werden musste.

Er zeigt anhand von Graphiken zum Abflussverhalten der Stever auf, dass durch die in der vorherigen Ausschusssitzung angeregte Maßnahme (zusätzliche Verrohrung) keine ausreichende und wirksame Durchspülung erzielbar gewesen wäre. Diese Einschätzung sei auch von der Unteren Wasserbehörde bestätigt worden.

Er stellt heraus, dass auch im Falle der Umsetzung der ursprünglichen Planungen keine durchgängige Spülung möglich gewesen wäre. Die Alternative eines Zulaufes aus dem RRB Paterkamp sei ebenfalls nicht als zielführend anzusehen.

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Der Ausschussvorsitzende begrüßt den Vorsitzenden des Fischereivereines Lüdinghausen e.V., Herrn Scholz, und bittet ihn um seine Stellungnahme.

Herr Scholz stellt heraus, dass der Fischereiverein, dessen Aufgabe es sei, Biotop und Lebensräume für Fische zu erhalten, insbesondere in dem angesprochenen Bereich große Probleme sehe. Aufgrund der massiven Ablagerungen von Algen sowie von Faulschlamm halte er dringend geeignete Maßnahmen für erforderlich, um die Wasserqualität zu verbessern.

Herr Dr. Caesperlein verdeutlicht, dass die Problematik von Nährstoffüberschüssen in Gewässern nur verbessert werden könne, wenn man sich grundsätzliche Gedanken über die Stauung der Stever insgesamt mache. Insbesondere in den Sommermonaten erhalte die Stever den Charakter eines Stillgewässers, in dem vermehrtes Algenwachstum und eine damit verbundene Sauerstoffzehrung auftreten.

Er stellt heraus, dass das ursprüngliche Ziel, den Fischen durch die Anlegung des Rückzugsgewässers im Falle der Abschlagung von Mischwasser aus dem Pumpwerk Valve eine Rückzugsmöglichkeit zu bieten, auch ohne zusätzliche Maßnahmen erfüllt werde.

Herr Gantefort weist darauf hin, dass mit dem Lippeverband Verhandlungen dahingehend geführt worden sind, dass der Kläranlage über die Pumpwerke höhere Wassermengen zugeleitet werden dürfen, mit der Folge, dass weniger Schmutzwasser in die Stever

abgeschlagen wird; hierdurch könne zusätzlich zur Verbesserung der Gewässersituation beigetragen werden.

Ausschussvorsitzender Holz verweist auf das rechtskräftige Abwasserbeseitigungskonzept, in dem auch das Rückzugsgewässer enthalten ist.

Darüber hinaus richtet er die Bitte an die örtliche Presse, den Appell an die Bürger zu richten, keinen Unrat in Gewässern abzulagern, da die Gewässerproblematik hierdurch noch weiter verschärft werde.

I. Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Im Anschluss an die Tagsordnungspunkte 4) und 5) wird der zunächst zurück gestellte Tagesordnungspunkt 3) beraten.

TOP 3) Strategisches Wegekonzept für den Außenbereich

Vorlage: FB 3/450/2011

Herr Gantefort weist einführend darauf hin, dass die im Rahmen der bisherigen Beratungsfolge dargestellten Daten teilweise nicht korrekt sind. Die Vorberatung habe in der Sitzung des ABVBU am 24.06.2010 stattgefunden; die Beauftragung der Verwaltung, ein strategisches Wegekonzept zu erarbeiten, sei durch den Stadtrat am 13.07.2010 ausgesprochen worden.

Darüber hinaus erklärt er, dass die Verwaltung für jede Fraktion, als Arbeitsgrundlage für die weiteren Beratungen, einen Konzeptplan erstellt habe, den er in der Sitzung aushändigen werde.

Ausschussvorsitzender Holz begrüßt Herrn Dipl. Ing Könighaus, der anhand des als Anlage 4) beigefügten Vortrages nochmals die Ziele des Konzeptes, den Projektverlauf sowie die detaillierten Inhalte und Ergebnisse des Konzeptes vorstellt.

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Stv. Dr. Waldt stellt heraus, dass mit dem Konzept nunmehr eine wichtige Grundlage für weitere (finanzielle) Entscheidungen vorliege. Er weist auf die umfassende Beteiligung von Vertretern der Landwirtschaftlichen Ortsverbände hin, denen er nochmals seinen Dank für deren Mitarbeit ausspricht.

Auf Nachfrage von skB. Havermeier erklärt Herr Könighaus, dass der bauliche Zustand der städtischen Wege im Rahmen des Konzeptes nicht untersucht worden ist. Vielmehr habe die verkehrliche Lage und Bedeutung der einzelnen Wegeabschnitte im Gesamtnetz im Vordergrund gestanden.

Herr Gantefort weist ergänzend darauf hin, dass der Zustand der städtischen Wege im Rahmen der Eröffnungsbilanz erhoben worden ist. Es sei vorgesehen, diese Daten bei der Entscheidung, welche Wege zu welchem Zeitpunkt ausgebaut werden sollen, mit heranzuziehen.

Stv. Kehl erklärt, dass die UWG-Fraktion grundsätzlich begrüße, dass man mit dem vorliegenden Konzept nunmehr einen Schritt weiter sei. Er verweist auf den Artikel in der örtlichen Presse, aus dem hervorgegangen sei, dass durch die Landwirtschaft ein

Gegengutachten erstellt worden ist. Er bittet um Mitteilung, inwieweit dessen Inhalte mit in das vorgestellte Konzept eingeflossen sind.

Bürgermeister Borgmann erklärt, dass die Vertreter der Landwirtschaft - im Rahmen ihrer Beteiligung als Schlüsselperson- in dem angesprochenen Plan dargelegt hätten, welche abweichenden Einstufungen aus ihrer Sicht gesehen werden. Diese Änderungen seien durch die Landwirtschaftskammer in einem Konzeptplan zusammenfassend dargestellt worden.

Auf Basis dieser Stellungnahme, die aufgrund der umfangreichen Ortskenntnisse des Außenbereiches sicherlich besondere Bedeutung gehabt habe, sei in gemeinsamen Abstimmungsgesprächen ein Konzept erarbeitet worden, welches von beiden Seiten mitgetragen werde.

Ausschussvorsitzender Holz bittet die Fraktionen, über die Inhalte des Konzeptes fraktionsintern zu beraten und verweist auf die nächste Ausschusssitzung, in der eine Beschlussempfehlung an den Rat ausgesprochen werden soll.

I. Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis von den Inhalten und Ergebnissen des erstellten Wegekonzeptes. Die Verwaltung wird beauftragt, die abschließende Stellungnahme der Träger öffentlicher Belange einzuholen.

Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

TOP 6) Konkretisierung von Maßnahmen zum Konzept "Klimakommune Lüdinghausen"

Fraktionsantrag der CDU-Fraktion vom 29.06.2011

Vorlage: FB 3/457/2011

Herr Gantefort erläutert einführend die Sitzungsvorlage und stellt heraus, in welchen Bereichen die Verwaltung bereits Aspekte des Klimaschutzes berücksichtigt.

Er bringt zum Ausdruck, dass die Einführung von Klimaschutzsprechstunden - aufgrund der in diesem Bereich bereits vorhandenen umfassenden Beratungsmöglichkeiten - nicht für erforderlich gehalten wird.

Es sei jedoch eine Ergänzung und Verbesserung der Internetpräsenz im Bereich Umwelt und Energie vorgesehen, in dem u.a. auf die umfassenden bereits von Externen angebotenen Informationen über entsprechende Links hingewiesen werde.

Ergänzend verweist er auf die in der letzten Sitzung des APS ausgesprochene Empfehlung, die Voraussetzungen für Windenergie durch die Ausweisung weiterer Vorrangzonen zu verbessern.

Herr Gantefort macht deutlich, dass die Teilnahme an Zertifizierungsprozessen zwingend mit zusätzlichem personellen und finanziellen Aufwand verbunden ist.

Stv. Dr. Waldt bringt zum Ausdruck, dass in der Stellungnahme umfassend die Aktivitäten dargestellt sind, die bereits durch die Verwaltung geleistet werden. Er spricht sich für eine jährliche Berichterstattung aus, um einen aktuellen Stand zu erhalten, wie mit der Querschnittsaufgabe Umwelt umgegangen wird.

Er teilt die Auffassung, dass ein Zertifizierungsverfahren mit finanziellem Aufwand verbunden ist und sieht - vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung - das Erfordernis, umfassende Informationen einzuholen, bevor im Rahmen der Haushaltsplanberatungen eine abschließende Entscheidung getroffen wird.

Er regt an, zu der nächsten Ausschusssitzung eine bereits zertifizierte Nachbarkommune einzuladen, damit diese den Ausschussmitgliedern ihre Erfahrungen sowie die wirtschaftlichen Aspekte eines Zertifizierungsverfahrens vorstellt.

SkB. Havermeier erklärt, dass der Antrag der CDU-Fraktion in die richtige Richtung gehe. Gleichwohl verweist er darauf, dass die SPD-Fraktion sich die Einrichtung eines eingeständigen Unterausschusses gewünscht hätte, der sich mit diesem Themengebiet im Detail hätte beschäftigen können.

Er gibt zu Bedenken, dass noch viele Schritte bis zu einer Zertifizierung nach dem EEA anstehen. Darüber hinaus weist er auf das Erfordernis hin, das Ziel, die Umwelt zu schützen, durch konkretes Verhalten konsequent zu vertreten; in diesem Zusammenhang verweist er auf den politischen Beschluss, die Anzahl der Osterfeuer nicht zu reduzieren, den er unter Glaubwürdigkeitsgesichtspunkten als problematisch ansieht.

Stv. Wippich stellt das Erfordernis heraus, zu handeln. Gleichzeitig sieht er die für eine Zertifizierung anfallenden Kosten als ein schwerwiegendes Argument an, welches in die Entscheidungsfindung mit einzubeziehen ist. Er schließt sich grundsätzlich dem Vorschlag von Stv. Dr. Waldt an, die Erfahrungen einer anderen Kommune einzuholen, bevor über die Notwendigkeit einer Zertifizierung entschieden wird.

Stv. Kehl sieht es ebenfalls als wichtig an, zusätzlich anfallende Kosten im Rahmen des Gesamthaushaltes zu betrachten. Gleichwohl hält er es für erforderlich, Prioritäten zu setzen und eine Grundsatzentscheidung zu treffen, bei der nicht ausschließlich haushaltsrechtliche Aspekte berücksichtigt werden sollten. Er weist darauf hin, dass durch eine Zertifizierung nach dem EEA die im Rahmen der Auszeichnung als Citaslow-Kommune gesetzten Ziele manifestiert würden.

Stv. Dr. Wischnewski spricht sich ebenfalls für ein Zertifizierungsverfahren aus, welches die Möglichkeit eröffne, Maßnahmen aus allen Bereichen im Rahmen einer Gesamtkonzeption zu bündeln.

Ausschussvorsitzender Holz fasst nochmals zusammen, dass der Ausschuss den Bericht der Verwaltung positiv zur Kenntnis genommen habe.

Die Verwaltung solle im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit Mitarbeiter einer zertifizierten Kommune oder der Kreisverwaltung einladen, damit deren Erfahrungen in die (im Rahmen der Haushaltsplanberatungen) zu treffende Entscheidung, ob die Teilnahme an einem Zertifizierungsverfahren erfolgen soll, mit einfließen können.

I. Beschlussvorschlag:

Dem Ausschuss zur Beratung.

TOP 7) Barrierefreiheit im öffentlichen Verkehrsraum
Fraktionsantrag der SPD-Fraktion vom 28.06.2011
Vorlage: FB 3/453/2011

Ausschussvorsitzender Holz führt in die Thematik ein und zeigt die bisherige Beratungsfolge bezüglich der Errichtung eines weiteren barrierefreien Zuganges zum Friedhof auf.

SkB. Havermeier beantragt, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ergänzen, dass die Verwaltung bei zukünftigen Baumaßnahmen den vom Landesministerium für Bau und Verkehr herausgegebenen Leitfaden zur Barrierefreiheit im Straßenraum berücksichtigt. Er weist darauf hin, dass die darin enthaltenen Regelungen den aktuellen Standards entsprechen, die teilweise über die bereits zu einem früheren Zeitpunkt durchgeführten behindertengerechten Ausführungen hinausgehen. Die Inhalte seien mit allen Behindertenverbänden einheitlich abgestimmt worden; im Interesse der Betroffenen halte er es für erforderlich, dass sich alle Kommunen an diesem Leitfaden orientierten und dessen Standards bei zukünftigen Baumaßnahmen berücksichtigten.

Stv. Reismann regt an, vor der nächsten Ausschusssitzung einen Ortstermin zu vereinbaren, um sich den genauen Standort, der für die Anlegung des barrierefreien Zuganges vorgesehen ist, anzusehen. Ausschussvorsitzender Holz greift diesen Vorschlag auf und schlägt vor, auch den Seniorenbeirat hieran zu beteiligen.

I. Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine detaillierte Planung für die Umsetzung der Alternative 1 (Anlegung einer barrierefrei gestalten Zuwegung im Einmündungsbereich des Kreisverkehrs, von dem dort verlaufenden kombinierten Geh- und Radweg aus) zu erarbeiten. Die erforderlichen finanziellen Mittel sollen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2012 angemeldet werden.

Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, bei allen zukünftigen Um- und Neubauarbeiten an städtischen Verkehrseinrichtungen den vom Ministerium für Bau und Verkehr des Landes NRW herausgegebenen „Leitfaden Barrierefreiheit im Straßenraum“ zu beachten.

Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

TOP 8) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.09.2011;
hier: Installation der Fotovoltaik-Anlage auf em Süddach der Aula des St.
Antonius-Gymnasiums
Vorlage: FB 2/431/2011

Frau Klaas berichtet, dass ein Gesprächstermin mit der Denkmalbehörde stattgefunden habe; diese habe signalisiert, dass sie der Installation einer Fotovoltaikanlage ablehnend gegenüber stehe.

Ausschussvorsitzender Holz hält die Einholung einer zusätzlichen schriftlichen Stellungnahme für erforderlich.

Bürgermeister Borgmann bittet zu bedenken, dass die Stellungnahme der Denkmalbehörde entscheidend sei und regt an, zu überprüfen, ob die Installation einer Fotovoltaikanlage alternativ auf anderen städtischen Gebäuden möglich ist.

I. Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten der Installation einer Fotovoltaik-Anlage auf dem Süddach des neu zu konstruierenden Daches über der Aula des städtischen St. Antonius-Gymnasiums sowie alternativ auf weiteren städtischen Gebäuden zu prüfen.

Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

TOP 9) Berichte

- Fehlanzeige -

TOP 10) Anfragen

Ausschussvorsitzender Holz erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand der Wiederherstellung des Kanalseitenweges sowie der Maßnahme „Begradigung und Anlegung eines Geh- und Radweges entlang der B 474“.

Bürgermeister Borgmann berichtet, dass ein gemeinsamer Termin mit dem Wasserschiffahrtsamt stattgefunden habe, in dem die gesamte Situation besprochen worden ist. Er rechne kurzfristig mit einer Stellungnahme, wie mit der Problematik konkret umgegangen werden soll.

In Bezug auf die im Bereich der B 474 geplante Baumaßnahme habe die Verwaltung dem Landesbetrieb im Rahmen der Amtshilfe zugesagt, die Grunderwerbsverhandlungen zu führen. Problematisch sei, dass die Stadt keine Verhandlungsvollmacht erhalten habe und somit nicht in der Lage sei, verbindliche Aussagen gegenüber den Grundstückseigentümern zu treffen. Diese Problematik sei dem Landesbetrieb Straßen NRW mehrmals vorgetragen worden. Er hoffe, dass im Laufe des Monats Oktober eine zufriedenstellende Lösung gefunden werden könne.

Ausschussvorsitzender Holz weist abschließend darauf hin, dass die betroffenen Grundstückseigentümer nunmehr bereits seit über 3 Jahren ihre Bereitschaft erklärt haben, die erforderlichen Grundstücksflächen zur Verfügung zu stellen. Er berichtet, dass diese lange Zeitspanne zu großem Unmut bei den Anliegern geführt habe.

skB. Havermeier erkundigt sich, ob die Zuwegung zur Biogasanlage „Böcker“ geeignet sei, die vom Bauvorhaben ausgelöste Verkehrsbelastung aufzunehmen.

Herr Gantefort berichtet, dass mit den Vorhabenträgern ein Erschließungsvertrag geschlossen worden ist, der u.a. den vom Landesbetrieb geforderten Umbau des

Einmündungsbereiches auf die betroffene Bundesstraße (B 58) sowie die Anlegung von Ausweichbuchten, die für den Begegnungsverkehr erforderlich sind, vorsehe.

skB. Havermeier verweist darüber hinaus auf die Problematik, dass die Turnhalle der Realschule letztes Jahr aufgrund der massiven Schneefälle kurzfristig gesperrt worden ist; er erkundigt sich, ob die Statik des Turnhallendaches zwischenzeitlich überprüft worden ist.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung zu.

Nachträglich zu Protokoll:

Eine statische Überprüfung der Hallendächer hat im Jahr 2011 nicht stattgefunden. Die Verwaltung hat einen Termin mit einem Prüfstatikbüro vereinbart, in dem alle städtischen Turnhallen sowie das Hallenbad abgefahren wurden. Das Statikbüro SKP wird kurzfristig ein auf die einzelnen Gebäude abgestimmtes Angebot zur statischen Überprüfung der Hallendächer sowie eine Prioritätenliste einreichen. Die Kosten zur Überprüfung werden in den Haushalt 2012 eingestellt.

Ergänzend erkundigt sich skB. Havermeier, ob für den Fall, dass die Pflasterung des Parkplatzes an der Turnhalle des St. Antonius-Gymnasiums abgeschlossen ist, ein Alternativstandort für das jährlich stattfindende Boule-Turnier gesehen wird. Darüber hinaus weist er auf die Notwendigkeit hin, die im Bereich des Parkplatzes vorhandenen Eichen möglichst zu erhalten.

Herr Steenweg erklärt, dass die Entscheidung, ob Bäume gefällt werden müssten, von dem Umfang der vorgenommenen Pflasterung abhängig sei. Frau Klaas erklärt, dass der städtische Bauhof sowie Herr Steenweg mit in die Planung und Durchführung der Pflasterarbeiten einbezogen würden, mit dem Ziel, dass die Bäume möglichst wenig in Mitleidenschaft gezogen werden.

Abschließend erkundigt sich skB. Havermeier, ob das Gutachten für das Baugebiet „Rott-Nord“ fertig gestellt sei und der Verwaltung zwischenzeitlich vorliege.

Herr Gantefort berichtet, dass das Gutachten Ende August eingegangen ist; die Verwaltung habe bereits Stellung genommen. Das Gutachten stütze grundsätzlich die Aussage der Verwaltung, dass nicht alle Arbeiten ordnungsgemäß durchgeführt worden sind. Es sei vorgesehen, mit der Baufirma zunächst eine einvernehmliche Lösung bezüglich der Beseitigung der festgestellten Mängel zu finden. Falls dieses nicht möglich sei, werde ein Gerichtsverfahren erforderlich werden.

Stv. Reismann weist darauf hin, dass auf dem Marktplatz nur sehr wenige Ausbesserungsarbeiten durch den städtischen Bauhof vorgenommen worden sind. Er erkundigt sich, ob der Austausch von Pflastersteinen auf den Bereich beschränkt ist, in dem der Weihnachtsbaum gestanden habe, oder aber auch noch andere Stellen zur Ausbesserung vorgesehen sind.

Bürgermeister Borgmann erklärt, mit Hinweis auf die Überlastung des Bauhofes, dass nur die notwendigsten Maßnahmen durchgeführt werden.

skB. Wager erkundigt sich, wer verantwortlich für die Splittung der Wege im Außenbereich ist.

Herr Gantefort berichtet, dass die Entscheidung, ob und in welchem Umfang die Wege gesplittet werden, gemeinsam durch den städtischen Bauhof sowie die Tiefbauabteilung getroffen wird.

Stv. Schotte regt im Auftrag der Anlieger an, den Weg Preun während der Wintermonate zu streuen.

Bürgermeister Borgmann sagt eine grundsätzliche Überprüfung zu. Gleichwohl verweist er auf den umfangreichen Streuplan des Bauhofes, der unter Verkehrssicherungsgesichtspunkten zwingend einzuhalten sei.

Darüber hinaus weist Stv. Schotte darauf hin, dass die Bankette im Bereich des Weges Schöler Stroetken nachgearbeitet werden müsse.

Die Verwaltung sage eine Überprüfung zu.

Anton Holz
Vorsitzende/r

Ellen Trudwig
Schriftführer/in

Anwesenheitsliste

zur 14. Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt

der Stadt Lüdinghausen am 29.09.2011

anwesend:

Bürgermeister

Borgmann, Richard Bürgermeister	ab Top 2)
------------------------------------	-----------

CDU-Fraktion

Ernst, Wolfram	
Holz, Anton	
Kasberg, Bertholt	
Schäper, Gabriele	
Schotte, Irmgard	
Schulze Meinhövel, Anja	
Schulze Uphoff, Theo	
Vogt, Michael	Vertretung für Herrn Norbert Breitbach anwesend ab Top 2)
Waldt, Klaus-Dieter Dr.	Vertretung für Herrn Heinrich Horstmann; anwesend ab Top 2)

SPD-Fraktion

Breuer, Herbert	
Friedenstab, Artur	anwesend Top 1) und Top 2)
Havermeier, Dirk	anwesend ab Top 3)
Keppers, Erhard	Vertretung für Havermeier, Dirk (Top 1 und Top 2) Vertretung für Friedenstab, Artur (Top 3 bis Top 16)

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bierschenk, Bruno	
Guntermann, Christine	anwesend Top 1) bis Top 10)
Wippich, Rainer	ab Top 2)

UWG-Fraktion

Kehl, Markus	
Wannigmann, Josef	Vertretung für Herrn Jürgen Berau
Wischnewski, Wolfgang Dr.	ab Top 2)

FDP-Fraktion

Reismann, Günter	
Wagner, Wilhelm	

von der Verwaltung

Gantefort, Markus	
Karasch, Christine	ab Top 2)
Klaas, Judith	
Pieper, Michael	anwesend zu Top 2)
Steenweg, Heinz-Helmut	ab Top 2)
Trudwig, Ellen	

Gäste

Bandt, Harald	zu Top 2)
Hugot, Helmut	zu Top 2)
Könighaus, Dominik Dipl.-Ing.	zu Top 3)
Scholz, Ulrich	zu Top 5)

Caesperlein Dr.	zu Top 4) und Top 5)
-----------------	----------------------

Entschuldigt:

CDU-Fraktion

Breitbach, Norbert	
Horstmann, Heinrich	

UWG-Fraktion

Berau, Jürgen	
---------------	--